

Protokoll

über die 33. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Planungsausschusses der Stadt Wedel
am Dienstag
dem 01.11.2016, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:24 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Detlev Blohm

Herr Jörg Keller

Herr Michael Schernikau

Herr Stephan Schwartz

Herr Norbert Weller

Vorsitzender

WSI:

Herr Joachim Funck

Frau Ingrid Paradies

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Willibald Ulbrich

Herr Olaf Wuttke

SPD-Fraktion:

Herr Rüdiger Fölske

Frau Sophia Jacobs-Emeis

FDP-Fraktion:

Herr Martin Schumacher

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dieter Strüven

Seniorenbeirat:

Herr Bruno Helms

Vertreter für Frau Bohnert

Jugendbeirat:

Herr Jeremias Gropp

Umweltbeirat:

Herr Rainer Hagendorf

Verwaltung:

Herr Karl-Heinz Grass
Frau Elisabeth Hoppe
Herr Klaus Lieberknecht
Frau Sonja Taschendorf

Fachdienstleiter 2-61
Fachdienst 2-61
Fachbereichsleiter 2
Schriftführerin

Gäste:

Herr Kögler	Umbauter Raum Planungsgruppe Liefländer GmbH, zu TOP 5
Herr Krüppel	Stadtwerke Wedel GmbH, zu TOP 4 und 14.2
Herr Liefländer	Umbauter Raum Planungsgruppe Liefländer GmbH, zu TOP 5
Frau Noé	zu TOP 13
Herr Rusani	zu TOP 13
Frau Schmitt	Stadtwerke Wedel GmbH, zu TOP 14.2
Frau Schulte	keenco 3 VG, zu TOP 12.1
Herr Sikora	Deutsche Invest Immobilien GmbH, zu TOP 12.1
Herr Wellner	zu TOP 13

Es fehlte entschuldigt:

CDU-Fraktion:

Herr Kay Burmester

SPD-Fraktion:

Herr Manfred Eichhorn

Es sind 2 Pressevertreter und 4 Zuhörerinnen und Zuhörer anwesend.

Um 18:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Schernikau alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Er weist darauf hin, dass dies die 33. Sitzung ist und nicht, wie in der Einladung angegeben, die 32. Sitzung.

Herr Wuttke äußert den Wunsch, TOP 13 öffentlich zu behandeln. In nicht-öffentlicher Beratung beschließt der Planungsausschuss die Öffentlichkeit für TOP 13 auszuschließen (s. Sonderprotokoll). Danach wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

Die Frage Herrn Schernikaus, ob Bedarf besteht über das Sonderprotokoll zu diskutieren, wird verneint, so dass über beide Teile des Protokolls gemeinsam unter TOP 3 abgestimmt werden kann. Herr Schernikau beantragt TOP 1-12 öffentlich zu beraten und für TOP 13 und 14 die Öffentlichkeit auszuschließen. Dem stimmt der Ausschuss einstimmig zu.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

1.) Einwohnerfragestunde

- 2.) Anhörung der Beiräte
- 3.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 32. Sitzung vom 27.09.2016
- 4.) ÖPNV - Fortsetzung des Fahrradverleihs (Wedelecs)
hier: Vorstellung der Stadtwerke Wedel GmbH
- 5.) Aktueller Planungsstand „elbcube 5“ im BusinessPark Elbufer
hier: Vorstellung durch den Planer
- 6.) Bebauungsplan Nr. 76 "Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand", Teilbereich 2 zwischen Schulauer Straße und Gorch-Fock-Platz
hier: Beschluss über die Zurückstellung des Bebauungsplan-Verfahrens
Vorlage: BV/2016/114
- 7.) Haushaltssatzung 2017
Vorlage: BV/2016/124
- 8.) Anfrage der Fraktion Die Grünen/Bündnis 90 "Erhaltungsgebiete und Milieuschutz"
- 9.) Städtebaulicher Rahmenplan "Wedel Nord"
 - 9.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 10.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
 - 10.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 11.) Mitteilungen und Anfragen
 - 11.1 Eilentscheidung durch den Bürgermeister
Vorlage: MV/2016/086
 - 11.2 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 11.3 Sonstiges
- 12.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u. a.
 - 12.1 Einvernehmen
hier: Tinsdaler Weg
Vorlage: BV/2016/126

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 13.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme hier: Hafenbetrieb
Vorlage: BV/2016/127
 - 14.) Mitteilungen und Anfragen
 - 14.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
-

14.2 Sonstiges

15.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2.) Anhörung der Beiräte

Herr Helms vom Seniorenbeirat berichtet vom Gemeindetag, bei dem der Altenbericht der Bundesregierung vorgestellt wurde, der im November veröffentlicht werden soll. Hiernach benötigen Hochbetagte zukünftig eine Assistenz, wofür ehrenamtliches Engagement notwendig sein wird. Dieses muss die Gemeinde initiieren. Weiter muss sie einen allgemeinen Ansprechpartner vorhalten, da die Problemstellungen der Senioren häufig verschiedene Bereiche der öffentlichen Verwaltung betreffen.

Herr Schernikau weist auf den Antrag des Seniorenbeirats (Anlage 1) hin, der heute verteilt wurde und in der nächsten Sitzung beraten werden wird.

Der Umweltbeirat ruft dazu auf, auf benzinbetriebene Laubpuster zu verzichten, da sie extrem laut sind und zudem die Bodenfauna stark belasten.

Der Jugendbeirat hat heute nichts zu berichten.

3.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 32. Sitzung vom 27.09.2016

Die Verwaltung erklärt, dass im Protokoll der 31. Sitzung vom 05.07.2016 (TOP 8.1, S. 9) die Definition von Unfallschwerpunkt falsch wiedergegeben ist. Richtig ist, dass ein Unfallschwerpunkt dann vorliegt, wenn an einer Stelle mindestens drei Unfälle mit drei gleichen Ursachen von der Polizei aufgenommen worden sind.

Im Protokoll der 32. Sitzung vom 27.09.2016 muss die Nummer der Anlage im Beschluss auf S.7, TOP 7.2 (Wedel Nord, hier: Erarbeitung des Rahmenplans) vier und nicht zwei heißen.

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll der 32. Sitzung vom 27.09.2016 mit dieser Korrektur mit 9 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltungen.

4.) ÖPNV - Fortsetzung des Fahrradverleihs (Wedelecs) hier: Vorstellung der Stadtwerke Wedel GmbH

Herr Krüppel, Stadtwerke Wedel, erklärt, dass die Stadtwerke die Wedelecs ab dem 01.07.2017 ohne städtische Zuschüsse weiterbetreiben werden. Es werden nicht mehr alle Stationen aufrechterhalten.



Herr Wuttke bittet darum, die genannten Ausleihzahlen schriftlich vorgelegt zu bekommen. Er möchte über die Standorte mitreden und bemängelt zudem, dass das Thema unter der Überschrift ÖPNV läuft, was seiner Meinung nach ungerechtfertigt ist.

Herr Strüven fragt, ob ausleihen und abgeben an verschiedenen Standorten möglich ist.

Herr Krüppel antwortet, dass dies nur an den zwei automatisierten Stationen möglich ist.

Herr Schernikau erklärt, dass die CDU das Projekt von Anfang an positiv gesehen hat. Die Wedelecs waren werbewirksam und die Stadt zeigte sich so als Vorreiterin in Sachen E-Mobilität, was ihr positive Kommentare eingebracht hat. Die verkehrliche Bedeutung sei dagegen nicht so groß.

5.) Aktueller Planungsstand „elbcube 5“ im BusinessPark Elbufer hier: Vorstellung durch den Planer

Herr Kögler stellt den Planungsstand vor. Die Präsentation ist im Bürgerinformationssystem unter dieser Sitzung und diesem TOP abrufbar (www.wedel.de, Rathaus & Politik).

Er erklärt, dass der Bauantrag für die Phase 1 eingereicht ist. Der 7-stöckige Eckbau entspricht den Vorgaben des B-Plans. Die später anschließenden 5-stöckigen Gebäude der Phase 2 dagegen nicht. Diese überschreiten die festgesetzte Höhe um 4,90 m und 1,50 m. Die Planer sind der Meinung, dass dies nicht der Idee des B-Plans widerspricht. Es sei eine wirtschaftlichere Art zu bauen und gestalterisch schöner.

Die CDU hat keine Vorbehalte. Sie hat wenig zwingende Maßgaben für dieses Gebiet. Wichtiger ist ihr, wann die weiteren Phasen realisiert werden. Dies sei eine Frage der Vermarktung antwortet Herr Kögler.

Frau Jacobs-Emeis äußert Bedenken, da es sich um das erste realisierte Vorhaben im BusinessPark handelt. Wenn schon von Anfang an die Festsetzungen des B-Plans nicht eingehalten werden, fürchtet sie, dass das Konsequenzen für die weitere Bebauung hat.

Herr Keller hält dagegen, dass eine Erweiterung der Geschossflächen auch mehr Arbeitsplätze bedeutet, was positiv zu sehen ist.

Herr Fölske möchte, dass die Verwaltung bei einer Flächenerweiterung, in einer Beschlussvorlage die Auswirkungen auf den Kaufpreis des Grundstücks untersucht.

Herr Wuttke äußert grundsätzliche Vorbehalte: Dem Investor waren die Vorgaben bekannt. Es handelt sich hier um eine erhebliche Überschreitung. Die Grünen werden sich erst äußern, wenn sie sich in der Fraktion beraten haben.

Dem schließt sich auch die WSI an, die für die Beratungen um die Präsentation bittet.

Herr Lieberknecht berichtet, dass die Verwaltung dem Bauherrn eine Bauvoranfrage empfohlen hat, damit er Klarheit über sein Vorhaben bekommt.

6.) Bebauungsplan Nr. 76 "Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand", Teilbereich 2 zwischen Schulauer Straße und Gorch-Fock-Platz hier: Beschluss über die Zurückstellung des Bebauungsplan-Verfahrens Vorlage: BV/2016/114

Herr Schwarz erklärt, dass die CDU den Beschlussvorschlag nicht unterstützt. Sie möchte, dass im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten das Vorhaben weiterverfolgt wird. Es seien auch kleinere Schritte ohne städtische Finanzierung vorstellbar.

Herr Schumacher findet, dass es nur wenige B-Pläne gibt, die wie dieser im Interesse der Allgemeinheit liegen. Er habe zentrale verkehrspolitische Bedeutung für die Innenstadt. Statt Grunderwerb ist auch die Eintragung von Dienstbarkeiten denkbar. Darüber hinaus, sollte die Stadt mit den Investoren von Wedel Nord und B-Plan 27d das Gespräch suchen.



Frau Jacobs-Emeis ist der Meinung, dass auf diesen B-Plan zu Gunsten der Instandhaltung des vorhandenen Radwegenetzes verzichtet werden sollte.

Die Grünen sind von dieser Drucksache „wie vor den Kopf“ geschlagen. Statt das Vorhaben zurückzustellen, sollte man die Planungskosten und die Kosten für den nötigen Grunderwerb in den Haushalt aufnehmen. Die Grünen kündigen an, im Rat einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Herr Schernikau widerspricht Frau Jacobs-Emeis, da man diesen B-Plan als neue Verkehrsverbindung mit neuem Nutzen erkannt hat. Sie dient als Ersatz und zur Umgehung der Mühlenstraße. Er hält es für ein völlig falsches Signal für die Verkehrspolitik.

Herr Grass erklärt, dass für das B-Plan-Verfahren Planungskosten von 80.000 € anfallen. Ein B-Plan lässt keinen Spielraum dafür, wo genau eine Brücke gebaut werden kann. Daher braucht man zunächst z. B. ein Baugrundgutachten. Zurückstellen heißt darüber hinaus nicht, den B-Plan ganz aufzugeben. Bei einem Haushaltsansatz für Planungskosten von 150.000 € bleibt nicht mehr genug für die anderen Projekte über, wenn schon für diesen B-Plan 80.000 € Planungskosten ausgegeben werden. Er bietet an, erste Planungen zu beauftragen, falls Mitte des nächsten Jahres erkennbar ist, dass Gelder hierfür über sind.

Herr Hagendorf fragt nach einer Möglichkeit der Gegenfinanzierung und verweist auf die letzte Sitzung des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses, wo andere ggf. nicht so wichtige Verkehrsmaßnahmen beschlossen wurden.

Herr Fölske schlägt vor, dass die Stadt die Beschlussvorlage zurücknimmt. Der Ausschuss nimmt im Gegenzug zur Kenntnis, dass weitere Schritte unter dem Finanzierungsvorbehalt stehen.

Diesem Vorschlag wird von allen Fraktionen zugestimmt.

Die Verwaltung zieht die Vorlage zurück. Sie weist aber explizit daraufhin, dass die Geschwindigkeit der Bearbeitung in Abhängigkeit zu den Planungsmitteln steht und reduziert wird.

7.) Haushaltssatzung 2017

Vorlage: BV/2016/124

Die SPD beantragt für die Planungskosten Wedel Nord in Höhe von 500.000 € (Produkt 5110-01003) einen Sperrvermerk einzurichten. Sie will ausschließen, dass Ausgaben ohne die Zustimmung des Planungsausschusses und ohne eine Gegenfinanzierung getätigt werden. Die CDU wird den Antrag nicht mittragen, da sie das Projekt Wedel Nord nicht behindern will und der Haushaltsentwurf den Absprachen in Neumünster entspricht.

Herr Schumacher fragt, was der Sperrvermerk bewirken soll. Herr Lieberknecht ergänzt, dass das B-Plan-Verfahren 500.000 € kostet, die durch einen Kostenübernahmevertrag vom Investor zurückerstattet werden. Dieser wird dem Ausschuss als Beschlussvorlage vorgelegt.

Herr Fölske besteht auf seinen Antrag.

Der Antrag wird vom Ausschuss mit 2 Ja / 9 Nein / 2 Enthaltungen abgelehnt.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erklärt, dass sie sich bei Haushaltsfragen enthält, da sie noch nicht über den Haushalt beraten hat.

Der Ausschuss empfiehlt mit 9 Ja / 2 Nein / 2 Enthaltungen:

Der Rat beschließt die beigefügte Haushaltssatzung 2017.



8.) Anfrage der Fraktion Die Grünen/Bündnis 90 "Erhaltungsgebiete und Milieuschutz"

Herr Wuttke führt in das Thema ein. Grundsätzlich finden die Kriterien, die in der Antwort der Verwaltung genannt sind, die Zustimmung seiner Fraktion. Allerdings fragt er sich, ob dies nicht im Gegensatz zu manchen Vorgaben zur Erteilung eines Einvernehmens steht. Herr Schernikau bewertet die Nachfrage der Grünen als sinnvoll. Die Antwort hat verdeutlicht, dass die Politik handeln und Anträge zur Gestaltung stellen kann.

9.) Städtebaulicher Rahmenplan "Wedel Nord"

9.1.) Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Die Verwaltung kündigt an, dass die Kurzfassung der fiskalischen Wirkungsanalyse und die Aktualisierung des Wohnungsbaukonzepts in der nächsten Sitzung der AG Wedel Nord am 11.11.2016 vorgestellt wird.

10.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

10.1.) Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Der Fachbereichsleiter berichtet, dass der Zuwendungsbauantrag für die Ostpromenade dem Innenministerium im Dezember oder Januar vorgelegt wird. Für den Traditionsanleger wurden der Stadt die Förderungen von 77.000 € von der Metropolregion und 100.000 € von der Aktivregion in Aussicht gestellt. Die Planungen laufen weiter und man geht zurzeit davon aus, dass der Traditionsanleger im Mai nächsten Jahres in Betrieb genommen werden kann.

Herr Fölske erklärt, dass er den Antrag der SPD vom 10.05.2016 zur Überprüfung des Finanzierungskonzepts des Hotels zurückzieht, da es keine direkte Verbindung zwischen dem Erfolg des Projekts und der Förderung gibt. Regressrisiken, die die SPD befürchtet hatte, bestehen für die Stadt nicht.

11.) Mitteilungen und Anfragen

**11.1.) Eilentscheidung durch den Bürgermeister
Vorlage: MV/2016/086**

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

11.2.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Herr Grass erinnert daran, dass die Verwaltung gebeten wurde, ihre Vorstellungen zum Eingangsbereich der Bahnhofstrasse aufzuzeigen. Der geltende B-Plan ist ihrer Meinung nach eine solide Basis. Es wird noch überlegt wie man die Bitte umsetzen soll, ob z.B. die Verwaltung intern Ideen entwickelt oder ob man versucht, eine Hochschule mit einzubeziehen.



11.3.) Sonstiges

entfällt

12.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u. a.

12.1.) Einvernehmen hier: Tinsdaler Weg Vorlage: BV/2016/126

Herr Wuttke mahnt noch einmal die Nennung der Hausnummern und den Ort der Ersatzpflanzungen an. Herr Schernikau entgegnet, dass jedes Mitglied bei Fragen jederzeit die Verwaltung kontaktieren kann.

Herr Sikora, Deutsche Invest Immobilien GmbH, erklärt, dass sie bisher nur eine Bauvoranfrage gestellt haben, so dass dies noch nicht abschließend geklärt ist. Es kann passieren, dass die Bäume gefällt werden müssen, dann werden an gleicher Stelle Ersatzbäume gepflanzt. Auf Nachfrage führt er weiter aus, dass Stellplätze nördlich vom Vorhaben geplant sind. Der Stellplatzschlüssel liegt bei 1,0 für den Neubau.

Die Grünen stellen ihre Zustimmung in Aussicht, wenn der Bauherr die Erhaltung der Bäume zusagt. Herr Sikora bedauert, dass er das noch nicht kann. Er versichert, dass der Erhalt der Bäume auch in ihrem Interesse ist, da sie eine Standortverbesserung darstellen. Daraufhin erklärt Herr Wuttke das grundsätzliche Einverständnis der Grünen, ihre endgültige Entscheidung soll aber erst bei genauerer Planung fallen.

Herr Schumacher stimmt der Bauanfrage zu und nimmt positiv zur Kenntnis, dass der Erhalt der Bäume im Interesse des Bauherrn liegt.

Auch die WSI signalisiert ihre Zustimmung.

Herr Schernikau klärt darüber auf, dass der konkrete Bauantrag nicht mehr dem Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt wird. Herr Lieberknecht erläutert, dass mit der heutigen Entscheidung abgeklärt wird, ob der Ausschuss das Projekt als genehmigungsfähig bewertet. Der Bauvorbescheid fixiert den Entwurf. Es gibt keinen großen Veränderungsspielraum für den Bauantrag. Über eventuelle Abweichungen entscheidet dann die Bauaufsicht.

Herr Wuttke stellt folgenden Antrag:

Das Einvernehmen wird erteilt mit der Auflage, die beiden Bestandsbäume wie dargestellt zu erhalten.

Der Ausschuss lehnt diesen Antrag mit 3 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltungen ab.

Herr Schernikau lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 10 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 34 und 36 Abs. 1 BauGB für das in der Beschlussvorlage 2016/126 genannte Bauvorhaben Tinsdaler Weg 121/123 zu erteilen.

Der Vorsitzende schließt um 20:09 Uhr die Öffentlichkeit aufgrund des Beschlusses zur Tagesordnung von der weiteren Beratung und Beschlussfassung aus.

15.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Es ist keine Öffentlichkeit mehr anwesend. In nicht öffentlicher Sitzung wurde die Kopplung einer Gastronomiekonzession mit der Betreibung des Hafens befürwortet, die Verwaltung zu weitergehenden Verhandlungen zum Hafenbetrieb ermächtigt und mit der Planung der Schlengelanlage beauftragt (BV/2016/127).

gez. Michael Schernikau

Vorsitzender

Sonja Taschendorf
Schriftführerin

Datum der
Unterschrift

17.11.2016

17.11.2016

